

Notizen

Im Alter von 94 Jahren starb am 24. Mai Kardinal *Julijans Vairvods*, Apostolischer Administrator von Riga und Liepaja. Johannes Paul II. hatte das Oberhaupt der Katholiken in Lettland (sie stellen dort mit 400–500 000 Gläubigen inzwischen vor den Lutheranern die stärkste Glaubensgemeinschaft) 1983 in das Kardinalskollegium aufgenommen. Apostolischer Administrator der beiden lettischen Bistümer war *Vairvods* seit 1964. – Am 18. Mai starb Kardinal *Joseph Marie Trinh Van Can*, der Erzbischof von Hanoi (geb. 1921). Er gehörte dem Kardinalskollegium seit 1979 an.

Auf der Frühjahrsvollversammlung dieses Jahres sprach sich die Berliner Bischofskonferenz noch dafür aus, ihre *Eigenständigkeit als Bischofskonferenz für den Bereich der DDR* vorläufig zu erhalten. Ebenfalls im Frühjahr auf der Gemeinsamen Sitzung der Bischöfe aus der Bundesrepublik und aus der DDR anlässlich der Frühjahrsvollversammlung der DBK war beschlossen worden, daß die Bischöfe der Berliner Ordinarienkonferenz künftig auch an den Sitzungen der DBK teilnehmen sollten, aber bis auf weiteres nur *als Gäste*. Jetzt aber auf der Sitzung der Ordinarienkonferenz in der zweiten Juniwoche einigten sich die DDR-Bischöfe auf eine „Willenserklärung“, nach der bereits für diesen Herbst die *Aufhebung der Berliner Bischofskonferenz als „auctoritas territorialis“* in Rom beantragt werden und die DDR-Bischöfe bereits ab dann Vollmitglieder der DBK werden sollen. Die Berliner Bischofskonferenz soll dann nur noch als Regionalkonferenz mit pastoralen Beratungsaufgaben weiterbestehen, um so die situativen Besonderheiten im Bereich der DDR berücksichtigen zu können. Eine *Neuregelung der Diözesen und Jurisdiktionsbezirke wird damit nicht verbunden*.

Vom 27. bis 30. Mai fand in Iserlohn die konstituierende Sitzung der *Gemeinsamen Kommission von EKD und DDR-Kirchenbund* statt, die den Weg der evangelischen Kirchen in den beiden deutschen Staaten zur Einheit beraten und entsprechende Vorschläge erarbeiten soll. Die Einsetzung der Kommission geht auf die Locumer Tagung von Vertretern der EKD und des Kirchenbundes im Januar dieses Jahres zurück. Wichtigstes Ergebnis der Tagung in Iserlohn war die Schaffung eines *gesamtdeutschen evangelischen Leitungsgremiums*, das sich aus je fünf Vertretern von EKD und DDR-Kirchenbund zusammensetzt. Dieses Gremium wird allerdings keine verfassungsrechtliche Kompetenz besitzen. Nach Auffassung der Gemeinsamen Kommission soll die Zusammenführung der EKD-Gliedkirchen und der Mitgliedskirchen des Kirchenbundes unter ein ge-

meinsames Dach bis 1993 abgeschlossen sein. Die nächste Sitzung der Kommission findet im September statt.

Zu *größerer Konfliktbereitschaft* hat die *Arbeitsgemeinschaft der Priester- und Solidaritätsgruppen (AGP)* den Klerus in der Bundesrepublik aufgerufen. Auf ihrer Hauptversammlung Anfang Juni in Heppenheim wandte sich die Arbeitsgemeinschaft an die Geistlichen mit der Aufforderung, ihre durchaus „starke Position“ zu erkennen und zu nutzen, das Obrigkeitdenken abzulegen und auf die Verwirklichung von mehr demokratischen Elementen in der Kirche hinzuarbeiten. Verlangt wurde auch ein stärkerer Einsatz in umwelt- und entwicklungspolitischen Fragen. Dabei sollten ohne Berührungängste auch „Koalitionen“ mit politischen Bewegungen eingegangen werden.

In einem Gespräch mit Kathpress führte der Bischof von Budweis, *Miloslav Vlk*, das *schlechte Abschneiden der christlich-demokratischen Gruppierungen bei den ersten freien Parlamentswahlen in der Tschechoslowakei* bundesweit von 12 Prozent gegenüber 13,6 Prozent der Kommunisten u. a. auf die Angst davor zurück, daß die Kirche und die Christen zu großen Einfluß bekommen. Das *verhältnismäßig günstige Abschneiden der Kommunisten* besonders auf dem Land erklärte der Bischof mit dem Hinweis, auf dem Lande gebe es nicht im gleichen Ausmaß dieselben „guten Einsichten“ wie im städtischen Bereich. Die Vergangenheit wirke auf dem Lande noch stärker nach, die neuen Entwicklungen setzten dort später ein, die Leute dort wollten das Gesicht nicht verlieren „und deshalb stärker daran festhalten, woran sie früher geglaubt haben“.

In Kiew fand Anfang Juni eine Versammlung von Bischöfen und Priestern der *Ukrainischen Autokephalen Orthodoxen Kirche* statt. Diese Kirche hatte sich nach der Oktoberrevolution in der für wenige Jahre autonomen Ukraine gebildet, bestand aber nach der Eingliederung der Ukraine in die Sowjetunion nur noch im Exil. Seit einigen Monaten breitet sich diese Kirche in der Ukraine wieder aus. Die sechs Bischöfe und etwa dreihundert Priester, die in Kiew zusammenkamen, wählten den im US-amerikanischen Exil lebenden 92jährigen Erzbischof *Mstyslav Skrypnyk* in Abwesenheit zu ihrem Patriarchen. Führer der Autokephalen Kirche in der Ukraine ist Bischof *Ioan Bodnarchuk* von Zytomyr, der sich im vergangenen Winter von der Russischen Orthodoxen Kirche trennte.

In Albanien gibt es erste Anzeichen für eine Liberalisierung der Religionspolitik. Das Land hatte sich unter dem damaligen

Parteichef *Enver Hodscha* vor zwanzig Jahren zum ersten atheistischen Staat der Welt erklärt; alle Kirchen und Moscheen wurden geschlossen. Seither war Religionsausübung unter Strafe verboten. Im Rahmen einer Justizreform, die Anfang Mai vom albanischen Parlament beschlossen wurde, hat man offenbar die rigorose antireligiöse Politik gelockert: In Zukunft soll „religiöse Propaganda“ nicht mehr als „Verbrechen gegen den Staat“ unter Strafe stehen. Begründet wurde diese Änderung damit, daß das religiöse Bekenntnis eine Angelegenheit jedes einzelnen Menschen sei. Möglicherweise sollen in absehbarer Zeit in Albanien auch wieder Kirchen und Moscheen für den Gottesdienst geöffnet werden.

Einen Tag nach einem leidenschaftlichen Appell von Papst Johannes Paul II. an die verfeindeten christlichen Milizen im Libanon, ihre Kampfhandlungen einzustellen, einigten sich die Führer der rivalisierenden christlichen Armeen am 26. Mai auf einen vorläufigen Waffenstillstand. Die Vereinbarung sieht den Verzicht auf Truppenbewegungen, den Austausch von Gefangenen, die Beendigung von gegenseitiger feindlicher Propaganda und die eventuelle Öffnung der Schulen vor. Ein politischer Ausgleich in den seit Januar dieses Jahres andauernden Kämpfen zwischen General *Michel Aoun* und General *Samir Geagea* zeichnet sich damit aber noch nicht ab. Nach Schätzungen sollen in den innerchristlichen Kämpfen rund 1000 Libanesen umgekommen sein.

Im Zeichen der neuen Politik von Präsident *de Klerk* rücken in Südafrika auch die Kirchen näher zusammen. Auf einer gemeinsamen Sitzung beschlossen führende Vertreter des *Südafrikanischen Kirchenrates* und der *Niederländisch-Reformierten Kirche* am 15. Juni, zu einer gemeinsamen Konferenz aller südafrikanischen Kirchen aufzurufen, bei der unter anderem Anforderungen an eine neue Verfassung des Landes aus christlicher Sicht formuliert werden sollen. Diese Konferenz könnte im November dieses Jahres stattfinden. Während die Niederländisch-Reformierte Kirche (NGK), der die meisten Buren angehören, früher die Apartheid theologisch legitimierte und aus allen ökumenischen Gremien national wie international ausschied, war der Kirchenrat in den letzten Jahrzehnten Sammelbecken der apartheidkritischen nichtkatholischen Kirchen.

Beilagenhinweis:

Dieser Ausgabe sind eine Verlegerbeilage, ein Prospekt des Kreuz Verlags, Stuttgart, sowie einem Teil der Auflage ein Prospekt von Misio München beigelegt.